

Antrag auf Einberufung der Stadtverordnetenversammlung zu einer Sondersitzung wegen des Netzausbauvorhabens „SuedLink“

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die CDU-Fraktion beantragt gemäß § 56 I 2 HGO die unverzügliche Einberufung der Stadtverordnetenversammlung zu einer Sondersitzung wegen des Netzausbauvorhabens „SuedLink“. Hierzu werden die folgenden Anträge zur Abstimmung gestellt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Dom- und Kaiserstadt Fritzlar lehnt das Netzausbauprojekt „SuedLink“ auf der Grundlage der bisherigen Planungsunterlagen ab und spricht sich ausdrücklich für eine Umsetzung der Energiewende auf Basis einer dezentralen Energieerzeugung sowie alternativer Technologien (z.B. Speichertechnologien / Power to Gas; Technologien zur Energieeinsparung etc.) aus.
2. Der Magistrat wird beauftragt, sämtliche rechtlichen und politisch möglichen Mittel zu ergreifen, um eine Realisierung des Planungsvorhabens „SuedLink“ über Fritzlarer Stadtgebiet zu verhindern. Hierzu wird der Magistrat ermächtigt, die hierfür notwendigen Haushaltsmittel in den kommenden Haushalten zurückzustellen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung der Dom- und Kaiserstadt Fritzlar fordert die Hessische Landesregierung dazu auf, sich mit allen rechtlich und politisch möglichen Mitteln auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Notwendigkeit des Netzausbauvorhabens „SuedLink“ nochmals durch eine unabhängige Fachstelle außerhalb der Übertragungsnetzbetreiber und der Bundesnetzagentur überprüfen zu lassen, bevor das formelle Planungsverfahren (Bundesfachplanungsverfahren) in Gang gesetzt wird. Hierbei sollen insbesondere Alternativen zur dezentralen Energieerzeugung sowie alternative Technologien (z.B. Speichertechnologien / Power to Gas; Technologien zur Energieeinsparung etc.) gegenüber gestellt und geprüft werden. Sollte das Verfahren gemäß § 6 NABEG zwischenzeitlich bereits in Gang gesetzt worden sein, soll auf eine entsprechende Aussetzung des Verfahrens hingewirkt werden.
4. Sollte als Ergebnis zu Ziff.3 die Notwendigkeit des „SuedLink“ alternativlos festgestellt werden, wird die Hessische Landesregierung aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen für eine umfängliche Erdverkabelung der geplanten wie zukünftigen Stromtrassen über hessisches Landesgebiet einzusetzen und insbesondere Sorge dafür zu tragen, dass den besonderen raumordnerischen Belangen Nordhessens und den Interessen der durch die Planung betroffenen Menschen in der Region im Rahmen der Interessenabwägung zur Findung eines Trassenkorridors vorrangiges besonderes Gewicht zukommt.
5. Die Stadtverordnetenversammlung der Dom- und Kaiserstadt Fritzlar bittet die Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises, namentlich MdB Bernd Siebert (CDU) und MdB Dr. Edgar Franke (SPD), darum, ihren politischen Einfluss auf Landes- und Bundesebene im vorgenannten Sinne einzusetzen.